Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: **Dr. H. Klee.**

IV. Jahrgang. **Berlin,** Sonnabend den 21. März 1885. **№ 34.**

Der Wandel der Freisinnigen gegenüber der Dampfervorlage.

Die großen politischen Erörterungen über die Lage der Dinge in Deutschland, über unsere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, welche den Schwerpunkt der zweiten Lesung der Dampfervorlage bildeten, und das verhältnißmäßig so günstige Ergebniß der Debatte haben eine Thatsache völlig in den Hintergrund gestellt, welche der größten Aufmerksamkeit werth ist: wir meinen den Wandel, welcher seit dem Juni vorigen Jahres in der Haltung der sog. „freisinnigen" Partei gegenüber dem Dampferproject vor sich gegangen ist.

Im Sommer wurde das Project der Dampfersubvention von den Freisinnigen vornehmlich als ein falsches, wirthschaftliches Princip bekämpft. Man nannte die in Aussicht genommene Subvention eine „himmelschreiende Verschwendung von Staatsgeldern" und behauptete, daß nur unabhängige Linien gut zu fahren im Stande seien. Und um die „Staatshülfe" vollends in Acht und Bann zu erklären, wurde die Bedeutung des nationalen Unternehmens dadurch herabzusetzen gesucht, daß man es für „ein größeres Vergnügen" erklärte, „keine Steuern zu zahlen" als jährlich vier Millionen Mark für „das Wehen der Reichspostflagge" in Ostasien und Australien auszugeben und daß man den Handwerkern, Volksschullehrern und Postbeamten zu Gemüthe führte, wie wohl sie sich befinden würden, wenn sie jährlich die vier Millionen in ihre Tasche stecken könnten.

Wenn diese Gründe gegen das Dampferprojekt wirklich auf wirthschaftlicher und politischer Ueberzeugung beruhten und nicht etwa nur ein Vorwand für die grundsätzliche, auf selbstsüchtigen Parteiinteressen beruhende Opposition gegen die Gesammtpolitik der Regierung waren, so hätten die Freisinnigen — wie sie es auch noch bei der ersten Lesung gethan haben — jetzt bei der zweiten Lesung an denselben Argumenten festhalten müssen. Statt dessen hat die Partei sich diesmal aller gegen das wirthschaftliche und nationale Prinzip der Dampfersubvention gerichteten Argumente enthalten und allein dahin zu wirken gesucht, daß zunächst nur die ostasiatische Linie in's Leben gerufen werde. Mit anderen Worten, sie ist für die — wenn auch nur theilweise — Verwirklichung desjenigen Prinzips eingetreten, welches sie vorher leidenschaftlich bekämpft hatte.

Daß die „Freisinnigen" aus einem Saulus zum Paulus geworden, wird man freilich nicht annehmen können. Vielmehr hat hierbei der Druck der öffentlichen Meinung, wie sie ihnen in der Stimmung der Wähler bei den Herbstwahlen entgegentrat, wohl ausschließlich gewirkt, wenn auch nur insoweit, daß sie sich von dem Verdacht, Gegner der Dampfervorlage zu sein, durch Genehmigung wenigstens einer Linie zu reinigen suchten.

Dieser Vorgang ist nach zwei Richtungen hin besonders lehrreich: einmal zeigt er, daß die Gründe, die die „Freisinnigen" gegen die Dampfervorlage zuerst in's Feld führten, nur Vorwände waren, und daß man in Zukunft ähnliche Gründe wird in ähnlicher Weise taxiren dürfen, und sodann zeigt er, daß diese sonst so „prinzipientreue" Partei gegenüber den nationalen Interessen doch nicht auf die Dauer Stand zu halten vermag, wenn dieselben dem Volke nur hinreichend klar erscheinen und von ihm mit Nachdruck geltend gemacht werden. Ob freilich dieses Mittel stets helfen wird, ist fraglich: besser wäre es schon, wenn es bei Wahrnehmung nationaler Interessen nicht immer nöthig wäre, die größten Anstrengungen zur Beseitigung des „freisinnigen" Widerstandes zu machen, sondern wenn eine große festgefügte nationale Mehrheit den „Freisinnigen" gestattete, sich selber treu zu bleiben.

Die Holzzölle.

Das Ergebniß der zweiten Berathung der auf die Holzzölle bezüglichen Positionen der Zolltarifnovelle im Reichstage ist eine Erhöhung der bestehenden Zölle, wenngleich nicht in dem von der Regierung vorgeschlagenen Umfange. Abgesehen davon, daß einige Nutzholzarten für zollfrei erklärt wurden, ist der Satz für Rohnutzholz (statt verdreifacht) nur verdoppelt, der Satz für beschlagenes oder gebeiltes Nutzholz (statt vervierfacht) von 0,25 auf 0,40 Mark erhöht, der Satz für Sägewaaren (statt verachtfacht) nur vervierfacht, also auf 1 Mark festgesetzt worden. Ob diese Sätze ausreichend und richtig gegriffen sind, mag dahin gestellt bleiben; jedenfalls stehen die Beschlüsse auf dem Princip der Vorlage, die ausländische Concurrenz an Nutzholz zurückzudrängen und die Arbeit am Holze zu schützen.

Gegner und Freunde der Vorlage nahmen in den Reichstags Verhandlungen für ihren Standpunkt beide die Absicht in Anspruch, für die Erhaltung und den Schutz des deutschen Waldes einzutreten: jene erblicken in der Niederhaltung der ausländischen Concurrenz das Signal für Waldverwüstung, diese den Beginn einer besseren Pflege des Waldes und der Ausbreitung der Waldcultur. Wenn sich diese beiden Parteien nicht verständigen konnten, so lag dies darin, daß sie von ganz verschiedenen Grundsätzen über die Bedingungen der Erhaltung der deutschen Waldwirthschaft ausgehen. Die Liberalen glauben den deutschen Wald am besten schonen zu können, wenn der deutsche Consument sich möglichst mit ausländischem Holze versieht. Diese Auffassung erscheint zwar auf den ersten Blick sehr plausibel, ist doch aber eine äußerst oberflächliche. Denn im Walde steckt nicht nur Geld, was sich verzinsen muß, sondern die Holzproduction hat auch den bestimmten Zweck, gewisse menschliche Bedürfnisse — wie Wärmeerzeugung, Anfertigung von Werkzeugen, Geräthen aller Art, Bau von Häusern, Schiffen 2c. — zu befriedigen. Hieraus folgt, daß man den Wald nicht etwa unberührt lassen und sich mit den ausländischen Holzproducten begnügen kann; es folgt hieraus vielmehr, daß der Wald rationell bewirthschaftet werden, das heißt, daß der Wald eine gewisse, den aufgewendeten Mitteln entsprechende finanzielle Ausbeute liefern, daß jährlich ein Theil abgeschlagen, aber auch stets für entsprechenden Nachwuchs gesorgt werden muß. Erhalten wird der Wald nicht, wenn man ihn unberührt läßt und nur ausländisches Holz verbraucht: da er in diesem Falle das in ihn gesteckte Kapital nicht verzinsen kann, liegt vielmehr die Gefahr nahe, daß der Besitzer ihn niederschlägt und ausrodet, um sein Kapital in irgend einem andern Produktionszweige besser anzulegen. Erhalten wird der Wald vielmehr dann, wenn er rationell bewirthschaftet wird und wenn er privatwirthschaftlich rentabel ist: angemessene Holzpreise fördern die Forstkultur und tragen zur besseren Pflege des Waldes und der Ausdehnung der Waldwirthschaft bei; vor einer Waldverwüstung bei hohen Holzpreisen schützen die wirthschaftlichen Gesetze und der wohlverstandene Vortheil der Besitzer, die sich hüten werden, ihr rentables Waldkapital zu vernichten.

Ist dies richtig — und dies kann vernünftiger Weise nicht bestritten werden —, so leuchtet die Nothwendigkeit der Holzzölle ein und so wiederlegen sich alle dagegen vorgebrachten Argumente von selbst. In einer Denkschrift des Kgl. preußischen Ober-Forstmeisters Dr. Dankelmann vom 5. März 1885, auf welche in den Debatten vielfach Bezug genommen wurde, wird ausgeführt, daß sich die Waldwirthschaft in einem Nothstande befindet. Das waldreiche Ausland überschwemmt den deutschen Markt mit Nutzholz, so daß das deutsche Nutzholz nicht nur im Preise unter die Productionskosten herabgedrückt wird, sondern theilweise unver-